

# Mr. T und das USA-Paradox

An USA-Deutungen ist kein Mangel zum 250. Geburtstag. Klaus Brinkbäumer schwingt die Faschismuskeule, Philipp Gassert setzt die „bipolare“ Nation auf die Couch. Doch nur ein Ansatz kommt dem Phänomen Trump auf die Spur.

Von Viola Schenz

Man würde ihn gerne ignorieren, aber er ist nun mal der mächtigste Mann der Welt. Die Zumutungen des 45. und 47. US-Präsidenten zu analysieren, ist eine Herausforderung. Donald Trumps USA wirken immer rätselhafter und widersprüchlicher. Ihr 250. Geburtstag diesen Juli führt zu einer Schwemme von Erklärbüchern und Sonderveröffentlichungen. Sie zeigen: Selbst in Sachen Trump lässt sich das Glas halb voll und halb leer betrachten.

„Düsterer sah es nie aus“, heißt es bei Klaus Brinkbäumer, in Amerika zerfielen demokratische Kultur und öffentliche Institutionen, man habe es mit einem Faschismus des 21. Jahrhunderts zu tun. Brinkbäumer war *Spiegel*-Chefredakteur und USA-Korrespondent, er kennt das Land bestens, hat dort studiert, gelebt und gearbeitet. Für „Der amerikanische Albtraum“ hat er sich an namhaften Universitäten und Denkfabriken umgehört, mit Weggefährten, Journalisten, Wissenschaftlern, Diplomaten gesprochen.

## Soll das ein Warnruf sein oder ist es schon Alarmismus?

Anschaulich und im *Spiegel*-typischen flotten, ironischen Stil dröseln Brinkbäumer komplexe und komplizierte Sachverhalte auf – Trumps radikales Regierungsmanifest „Project 2025“, seine Erpressungs- und Disruptionsversuche der Justiz, der Medien, der Universitäten, des Welt Handels, seine Eitelkeiten, Lügen, Opfermythen, Allmachtsfantasien.

2018 veröffentlichte Brinkbäumer einen „Nachruf auf Amerika“, 2020 „Im Wahn. Die amerikanische Katastrophe“. Nun also „Faschismus made in USA“, so der etwas marktschreierische Untertitel seines jüngsten Buchs, darüber eine Hitlergruß-Hand, die eine US-Flagge hält. Man kann das als Warnruf lesen oder als Alarmismus.

Faschismus braucht Strukturen, ein Konzept, ein festes Weltbild. Trump indes geht es gerade nicht um Ideologien, sondern nur um sich selbst; in seiner Planlosig- und Widersprüchlichkeit ist er weltanschaulich kaum fassbar. Dass es sich bei Trump nicht um einen klassischen Faschisten handelt, weiß Brinkbäumer: „Es gibt keine Fackelzüge in Washington, auch keine Massenkundgebungen wie einst auf dem Reichsparteitagsgelände. (...) Trump ist nicht wie Hitler oder Mussolini.“ Aber er vereine Merkmale des Faschismus: diffamierende Sprache („Ungeziefer“, „Dreck“), Feindbilder, rassistische Hierarchien, Verachtung von Wahrheit, Willkür; er operiere mit Verordnungsdekret, mit unterwürfigen Juristen und Konzernen.

Wenn Trump ein Faschist neuer Machart ist, sind dann seine Wähler entsprechend „faschistoid“? Maga-Anhänger folgen ihm bekanntlich wie Sektenmitglieder ihrem Guru. Doch laut Umfragen haben im November 2024 auch viele mit Trump das in ihren Augen kleinere Übel gewählt, aus Protest und aus Enttäuschung über das



Hier gehts lang! Oder doch in die andere Richtung? US-Präsident Donald Trump ist da sehr flexibel.

FOTO: FABRICE COFFRINI/AFP

Programm der Demokraten, denen genderegerechte Schulteilchen oder die Entkriminalisierung von Ladendiebstahl wichtiger waren als die Sorgen und Nöte der Industriearbeiter im Mittleren Westen wie Massenzuwanderung und Rekordinflation.

Es ist erstaunlich, wie oft über Trump-Anhänger gesprochen wird und wie selten mit ihnen. Bei Brinkbäumer kommen mehrheitlich Linksintellektuelle zu Wort, mit erwartbaren Antworten und Deutungen; viele sehen Amerika per se kritisch oder dem Untergang geweiht. Die kanadische Journalistin Naomi Klein etwa, die als Kapitalismus- und Globalisierungsgegnerin so bekannt wie umstritten ist. New Yorks neuer Bürgermeister Zohran Mamdani oder Alexandria Ocasio-Cortez, die sich eine „demokratische Sozialistin“ nennt, repräsentieren den Links-außen-Flügel ihrer Partei. Der Yale-Philosoph Jason Stanley, der wegen der „verschlimmernden politischen Situation“ 2025 nach Toronto ausgewandert, kommt unter anderem so zu Wort: „Ich habe mich eigentlich immer gewundert, dass Europa den USA

so sehr vertraute. Wir waren ja weder demokratisch noch verlässlich.“ Solcher Unsinn bleibt unwidersprochen. Reizvoller wäre es zu erfahren, wie sich gemäßigte Denker und Politiker – beider Parteien – das Phänomen Trump erklären.

Philipp Gassert, der an der Universität Mannheim lehrt, betrachtet das Geschehen durch die Brille des Geschichtswissenschaftlers, das heißt mit Gelassenheit und ethischen historischen Parallelen. Seine „Bipolare Nation“ soll zeigen, dass die USA in ihren 250 Jahren sich und der Welt ebenso viel geschenkt wie zugemutet haben. Er



**Klaus Brinkbäumer:**  
Der amerikanische Albtraum. Faschismus made in USA. S. Fischer Verlage, Frankfurt 2026. 352 Seiten, 24 Euro. E-Book: 19,99 Euro.

stellt ein „gutes“ Amerika einem „schlechten“ gegenüber und dekliniert diesen Gegensatz anhand relevanter Topoi durch: Revolution, Freiheitsdrang, Bürgerkrieg, Streben nach Glück, Imperialismus, Kapitalismus, Massenkonsum, Popkultur et cetera.

Gasserts Verdienst ist es zu relativieren. Er nennt Fakten und Zahlen, die in der Dauerempörung über Trump untergehen, die verschwiegen oder vergessen sind, etwa bei der „Mutter aller Debatten“ (Gassert), dem Streit um Migration. Trotz der berechtigten Kritik an dem verschärften Abschieberegime werde übersehen, dass viele



**Philipp Gassert:**  
Die bipolare Nation. Was Amerika der Welt gegeben hat. Im Guten wie im Schlechten. dtv München 2026. 352 Seiten, 26 Euro. E-Book: 21,99 Euro.

Maßnahmen bereits Trumps Amtsvorgänger, die Demokraten Barack Obama und Joe Biden, etabliert hatten, und dass zwischen zehn und 15 Millionen Menschen, drei bis fünf Prozent der Wohnbevölkerung, „undocumented“, also ohne rechtlichen Aufenthaltstitel, im Land leben. „In den USA existiert politisch gewollt eine institutionelle Grauzone, die es in einem Land mit solider Staatlichkeit wie Deutschland so nicht gäbe“, schreibt Gassert. Zugleich schaffe dieses Amerika Lebenschancen für „Undokumentierte“, die sie in ihren Herkunftsländern wohl nicht hätten, nach dem Motto: Lieber illegal in den USA als legal in El Salvador. „Amerika schert sich jenseits von Krisenmomenten nicht sehr um seine Widersprüche. Es erlaubt eine atemberaubend experimentelle Vielfalt des Lebens, die es von Zeit zu Zeit überfordert“, so der Historiker. Die von der Trump-Regierung angeordneten, brutalen ICE-Einsätze gegen Einwanderer vergangenen Winter haben die Nation in der Tat gefordert – und dem Präsidenten eine politische Niederlage beschert.

Gassert macht plausibel, dass die USA auch wegen ihrer Ambivalenz und Widersprüchlichkeit funktionieren. Gerade die Unperfektheit und Lückenhaftigkeit ihrer Verfassung ermöglichten politische Spielräume und juristische Kompromisse. Beispielsweise beim „New Deal“, jenen Wirtschafts- und Sozialreformen der Roosevelt-Regierung in den 1930er-Jahren. Die Rechtslage lasse „heterogene Varianten der demokratischen Herrschaft“ zu, weshalb Roosevelt die Verfassung nicht ändern musste, als er von 1933 an den Staat umbaute. Gassert erkennt eine „Jagd nach Paradoxien“, bezeichnet sie als „Urmotiv“ der Nation. Er zitiert den Historiker Michael Kammen, wonach sich Amerika als „eine moderne Kultur von Widersprüchen und Gegensätzen aufschlüsseln lässt, von Konsens und Dissens, Vielfalt und Einheit“.

## Widersprüche gehören von jeher zu den Vereinigten Staaten

Das bekommt längst auch ein Donald Trump zu spüren. Einfach durchregieren, wie er es gerne täte, kann auch der selbsterklärte „King“ nicht. Viele seiner theatralisch vor TV-Kameras unterzeichneten Dekrete werden von Gerichten zurückgepfiffen. Schon deshalb und aus historischer Erfahrung zweifelt Gassert daran, dass sich das „Project 2025“ des „Mr. T“ vollumfänglich realisieren lasse.

Er nennt den Präsidenten durchgehend „Mr. T“, was eigenwillig-trotzig anmutet und seinen Ausführungen etwas von ihrer Seriosität nimmt. Irritierend ist auch der Buchtitel: „Bipolar“ hat sich aus dem Englischen in der deutschen Sprache als Modewort eingenistet und ersetzt immer mehr das althergebrachte „manisch-depressiv“. Die „ambivalente“ oder „widersprüchliche“ Nation wäre treffender, aber das klingt halt nicht so fesch. Gassert erklärt in seiner Einleitung, er meine mit „bipolar“ auch eher die „europäische Wahrnehmung der USA“ – was seine Wahl des Begriffs allerdings nicht verständlicher macht.

Es dürfte eine Weile und viel amerikanische Selbstheilungskraft brauchen, bis die USA die Trump-Ära finden und wieder zu ihren alten Normen finden – und bis sie das Vertrauen der Welt zurückgewinnen. Die einen zählen die Tage seiner verbleibenden Amtszeit herunter, bis alles wieder gut werde; die anderen sehen das Land längst am politischen Abgrund. „Gehen so 250 Jahre Republik zu Ende? Ich glaube es nicht“, meint Gassert. „Das, was in Amerika geschieht, wird die Welt für immer verändern“, bilanziert Brinkbäumer.

Trump's Zustimmungsraten befinden sich inzwischen im Keller. Immer mehr Jünger brechen mit ihm – Elon Musk, Megyn Kelly, Marjorie Taylor Greene, Tucker Carlson, Alex Jones, Peter Thiel. Sein Buddy-Imperium bröckelt: In Ungarn ist Viktor Orbán Vergangenheit, in Brasilien sitzt der „Tropen-Trump“ Jair Bolsonaro im Gefängnis, in Polen, Österreich, den Niederlanden sind seine Gesinnungsgenossen gescheitert. Im Frühjahr 2026 könnte man den Eindruck gewinnen, der Rechtspopulismus sei doch nur ein Spuk.

# Blutspur durch acht Jahrzehnte

Lange Zeit wurden Attentate von Rechtsextremen verharmlost oder als Einzelfälle abgetan. Die Historikerin Barbara Manthe beleuchtet die Tattaten in ihrer historischen Dimension.

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion schäumte: „Von welcher Republik reden Sie? Doch nicht von der Bundesrepublik! Diese Gefahr existiert doch überhaupt nicht!“ Die vorgebliche „Gefahr eines Neofaschismus im Anmarsch“, von der Helmut Kohl im Oktober 1977 im Bundestag sprach, würden die Sozialdemokraten doch nur beschwören, „um von den wahren Verhältnissen abzulenken“ – dem Terrorismus der linken Rote Armee Fraktion (RAF). Kohl bezog sich bei seiner Rede auf einen Brief des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt aus dem Sommer 1977 an Bundeskanzler Helmut Schmidt, in dem Brandt vor wachsendem Rechtsradikalismus warnte. Nun war der Zeitpunkt von Brandts Brief – der nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war – nicht der allerbeste. Das Jahr 1977 war der Höhepunkt des RAF-Terrors mit politischen Morden an hohen Repräsentanten von Staat und Wirtschaft, er gipfelte in der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer. Terror kam von links, so die ganz überwiegende Wahrnehmung in der Bundesrepublik.

## Vor allem CDU und CSU taten sich schwer, die Probleme zu sehen

Die Historikerin Barbara Manthe hingegen zeigt in ihrem überaus Quellenreichen Buch, dass schon vorher die rechtsradikale Gewalt im Land stetig angestiegen war. (Manthe bevorzugt „rechtsradikal“ statt „rechtsextrem“ und begründet es mit dessen „problematischer Begriffsgeschichte“) 1976 zählte der Verfassungsschutz 616 „Ausschreitungen“ militanter Neonazis, in den folgenden Jahren wurden es mehr. Davon wollten die meisten Konservativen jedoch buchstäblich nichts wissen. Sie hielten es mit dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß, der fand, eine Überbewertung des Rechtsradikalismus schade der Repu-

tation der Bundesrepublik. Dass der Rechtsradikalismus politisch unbedeutend sei, hatte lange Zeit auch der Verfassungsschutz betont.

Rechter Terror in Form von Sprengstoffanschlägen auf Spruchkammergerichte, vor denen Entnazifizierungsverfahren stattfanden, und auf Einrichtungen der Besatzungsmächte gehörte fast von Anfang an zum Nationalsozialismus befreiten westlichen Deutschland. Die Täter waren oft unbeherrschbare junge Nazis. Bereits im Oktober 1946, keine anderthalb Jahre nach der Kapitulation, explodierten Sprengsätze in Gerichtssälen in Stuttgart und Nürnberg, wo zuvor gegen NS-Belastete verhandelt worden war. Streiks und große Demonstrationen waren die Folge, ebenso wie scharfe Kommentare in den Zeitungen, aber auch Zurückhaltung von Politikern wie dem bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard (CSU) und Uneinigkeit hinsichtlich der politischen Gefahr durch die Anschläge. Die amerikanische Besatzungsmacht reagierte drastisch mit Straßensperren, Razzien und harten Urteilen gegen Täter, derer sie habhaft wurde. Gemessen an der Indifferenz der bundesdeutschen Öffentlichkeit bei späteren rechtsterroristischen Taten erschienen diese Reaktionen insgesamt als „sehr eindrucksvoll“, schreibt die Autorin. Der Schrecken der NS-Zeit war noch nicht verblasst, entsprechend sensibel reagierten auch die Bürger, jedenfalls manche.

Barbara Manthe beleuchtet auf gut 290 Textseiten – weitere 90 Seiten gehören dem umfangreichen Quellen-, Literatur- und Anmerkungsverzeichnis – präzise, detailliert und kenntnisreich einen fast ausnahmslos unerfreulichen Ausschnitt der Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik. Es gab nur wenige helle Momente, in denen die „andauernde Gefahr“, von der im Untertitel des Buchs die Rede ist, überhaupt einer großen Zahl von Menschen bewusst wurde und sie buchstäblich bewegte. Dazu gehörten – neben jenen frühen De-

monstrationen und Streiks im Herbst und Winter 1946/47 – die großen Demonstrationen, Kundgebungen und Lichterketten in den frühen 1990er-Jahren. Vorausgegangen waren Pogrome und Brandanschläge gegen Vertragsarbeiter, Eingewanderte und Asylbewerber in Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, Mölln und Solingen.

Auch hier war es so, dass Konservative im Gegensatz zu Hunderttausenden, die schockiert durch die rechtsradikalen Gewaltausbrüche, Empörung, Trauer und de-

mokratische Gegenwehr demonstrieren wollten, oftmals abwiegeln oder ganz bewusst auf ein Zeichen verzichteten. So boykottierte die CSU-Spitze am 8. November 1992 eine Demonstration in Berlin gegen rechtsradikale Gewalt unter der Schirmherrschaft des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, mit der Begründung, die Deutschen seien „nicht ausländischerfeindlich“. Teilgenommen hatte hingegen Bundeskanzler Kohl. Dieser wiederum blieb den Trauerfeiern für die türkischen

Opfer der Anschläge von Mölln und Solingen fern, was für scharfe Kritik und Verwunderung in Teilen der Medien und auch im Ausland sorgte.

Die Autorin zitiert Jürgen Habermas, der damals in der *Zeit* schrieb: „Nicht den Opfern und der Entzivilisierung unserer Gesellschaft gilt die erste Sorge, sondern dem Ansehen des Industriestandorts Deutschland.“ Konservative Zeitungen und viele Unionspolitiker (Richard von Weizsäcker gehörte zu den wenigen Ausnahmen) verbreiteten angesichts rechtsradikaler Gewalttaten die Lesart, es handle sich um die „Folge von Werteverfall, Erziehungsdefiziten und Autoritätsverlust“, so wie in anderen modernen Gesellschaften auch. Man wollte ein massives rechtsradikales Problem einfach nicht sehen.

## Es gab auch Momente von gesellschaftlicher Gegenwehr

Barbara Manthe schildert in ihrem chronologisch aufgebauten, mit analytischer Nüchternheit formulierten Buch zum einen an vielen Beispielen, wie seit den frühen Fünfzigerjahren bis hin zu den fahrlässig verkannten Anschlägen des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) seit dem Jahr 2000 Aggression und Gewalt von rechts immer, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, da waren. So beispielsweise die antisemitische „Schmierwelle“ 1959/60, das Attentat auf Rudi Dutschke 1967 oder das Oktoberfestattentat 1980 durch einen jungen Rechtsradikalen mit 13 Toten und mehr als 200 Verletzten. Zum anderen kann sie belegen, dass Staat und Politik sehr häufig eher abwartend bis abwiegeln, manchmal auch einfach unangemessen auf ganz offenbar rechte terroristische Gewalt reagierten – so im Fall des Oktoberfestattentats, bei dessen Aufklärung beziehungsweise Nichtaufklärung durch bayerische Behörden Unfä-

higkeit und Unverständnis ein kongeniales Paar bildeten.

Der gewaltbereite rechte Rand, der seit den 1980er-Jahren immer rassistischer agierte, passte nicht zur prosperierenden Bundesrepublik, die die NS-Vergangenheit bewältigt zu haben glaubte. Politisch wollte die Regierung Kohl seit 1982 diesen Gewalttätigen keine Bedeutung beimessen, sie sah hier eher, schreibt Manthe, eine Aufgabe für die Jugend- und Sozialarbeit. Umso weniger war die gesamtdeutsche Gesellschaft auf die Eskalation rechter Gewalt in den frühen Neunzigerjahren vorbereitet. Entsprechend hatte die Reaktion auf die Attentate von Neonazis und rassistischen jungen Schlägern gegen Ausländer und Linke, auf die Brandanschläge oft etwas Achselzuckendes. Rechtsradikale Gewalt wurde als unumgängliche Folge des Vereinigungsprozesses interpretiert und bagatellisiert.

Heute, zehn Jahre nach Beginn einer neuen Phase rechten Terrors – eine Folge polarisierender Migrationsdebatten – mit opferreichen Anschlägen in München, Halle und Hanau, mit dem Mord an dem Kasseler CDU-Politiker Walter Lübcke, sieht Barbara Manthe doch auch „Lichtblicke“. Dazu zählt sie das kritische Bewusstsein und die stärkere Wachsamkeit der „pluralen Öffentlichkeit“ gegenüber dem Rechtsterrorismus. Barbara Manthe wirft mit ihrem Buch einen unnachsichtigen Blick nicht nur auf die historische Dimension rechter Gewalt. Er kommt zur richtigen Zeit.

Cord Aschenbrenner



Demo vor dem Justizzentrum in München am 11. Juli 2018, dem Tag der Urteilsverkündung im Prozess gegen den Nationalsozialistischen Untergrund: Die Demonstranten halten Porträts der Opfer der Verbrechen des NSU hoch. FOTO: STEPHAN RUMPF



**Barbara Manthe:**  
Terror von rechts. Die Geschichte einer andauernden Gefahr. Verlag C.H. Beck, München 2026. 383 Seiten, 29 Euro. E-Book: 25,99 Euro.